

# ***FRAKTION GRÜNE ARBEITNEHMER IN DER AK WIEN***

161. Tagung der Vollversammlung  
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien  
am 13.11.2013

## **Antrag 01**

### **Atommüll-Lager**

**Die Arbeiterkammer Wien spricht sich gegen grenznahe Atommüll-Lager aus und fordert, Schutzzonen für atomkraftfreie Länder einzurichten und entsprechende EU-Verträge abzuschließen.**

Österreich ist umgeben von Ländern mit noch in Betrieb stehenden AKWs. Diese AKWs müssen irgendwann eingestellt werden, und der anfallende langstrahlende hochgiftige Atommüll muß dann zwangsläufig irgendwo endgelagert werden. Da gerade die Tschechische Republik nahe der österreichischen Grenze AKWs betreibt, ist zu befürchten, daß große Mengen von Atommüll nur wenige Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt endgelagert werden.

Die geologischen Schichten in Tschechien (Böhmische Masse) wären nach Ansicht einiger ExpertInnen dazu geeignet. Fest steht aber, daß niemand wirklich dafür garantieren kann, daß diese Endlagerstätten absolut dicht sind. Österreich hat also im Fall eines Endlagers in Tschechien das große Risiko, irgendwann einmal (vielleicht schon bald) durch radioaktiven Abfall verseucht zu werden. Es ist daher dringend notwendig, schon jetzt mit der EU und Tschechien völkerrechtlich verbindliche Verträge abzuschließen, die die Errichtung von Atommüll-Lagern in der Grenznahe (mindestens 500 km Abstand) von Österreich verbietet.

Die Arbeiterkammer Wien fordert daher alle zuständigen Personen und Stellen (Regierung, Parlament, EU-MandatarInnen, etc.) auf, sich für ein Verbot grenznaher Atommüll-Lager an den Grenzen atomkraftfreier Staaten, insbesondere an den Grenzen von Österreich, einzusetzen.